

Annoucer-
Annahme-Bureau.
In Posen außer in der
Expeditio dieser Zeitung
(Wilhelmstr. 17.)
bei C. S. Ulrich & Co.
Breitenstraße 20.
in Graz bei J. Strizband,
in Mezeritz bei H. Mathias,
in Breschen bei J. Jachow.

Annouceren.
Annahme-Bureau.
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei S. L. Faure & Co.,
Haasenstein & Vogler,
Rudolph Morse.
In Berlin, Dresden, Görlich
beim „Invalidendank“.

Pofener Zeitung
Einundneunziger Jahrgang.

Donnerstag, 14. Februar.

Nr. 113.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal
erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt
Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 6 Mark 45 Pf.,
Wesphälungen nehmen alle Postanstalten des deut-
schen Reichs an.

Inserate 20 Pf. die sechsgehaltene Zeile ober deren
Raum. Melamen verhältnismäßig höher, sind an die
Expeditio zu senden und werden für die am fol-
genden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis
6 Uhr Nachmittag angenommen.

1884.

Amthches.

Berlin, 13. Febr. Der Kaiser hat im Namen des Reichs den
Steuerath Freiherrn von Sensburg zu Mühlhausen und den Finanz-
Affessor Max zu Straßburg zu Regierungsräthen bei der Direction der
Zölle und indirekten Steuern in Elsaß-Lothringen ernannt.

Der König hat dem Müllergesellen Karl Fejnisch zu Unruh-
Radt im Kreise Boms die Rettungsmedaille am Bande verliehen.

Der König hat den Militär-Intendantur-Affessor Laue vom 9.
Armee-Korps zum Militär-Intendantur-Rath ernannt.

Die ordentlichen Lehrer Dr. Schröder, Sagorski und Jacobi,
sämmlich an der Ober-Realschule zu Halberstadt, sind zu Oberlehrern
ernannt worden.

Dem Lehrer, Ingenieur Ernst an der mit der Ober-Realschule zu
Halberstadt verbundenen Fachschule ist der Titel als Oberlehrer ver-
liehen worden.

Dem Thierarzt erster Klasse Carl Gustav Jahn zu Jauer ist die
kommunale Verwaltung der Kreis-Thierarznei für die Kreise
Goldberg-Oberrhein und Lüben, unter Anweisung seines Wohnsitzes in
Jauern, übertragen worden.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

48. Sitzung.

Berlin, 13. Febr. Am Ministertische: v. Puttkamer, May-
bach, Lucius, v. Gölher, v. Scholz.

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 11 1/2 Uhr.
Die zweite Verhandlung des Kultusetat's wird fortgesetzt.

In Tit. 66 des Extraordinarium's werden zur Erwerbung der
Grundstücke der Speicher-Aktiengesellschaft zu Berlin 2600 000 Mark
gefordert.

Abg. Frhr. v. Winnigerode: Alle begleitenden Umstände,
sowie die eingehenden Besprechungen dieses Titels in der Budget-
kommission können mich zu meinem Bedauern nicht bestimmen, der
Forderung der Regierung beizustimmen. Die Regierung hat als
hauptsächlichste Motiv für den Ankauf die Feuergefahrlichkeit der
Speicher-Grundstücke angeführt. Aber diese wird durch den Ankauf
nicht aus der Welt geschafft, denn die Grundstücke müssen wieder bebaut
werden und die Feuergefahr für die Museen und das Gynäkologi-
sche Institut bleibt die gleiche. Ich bitte Sie also um Ablehnung
des Titels.

Minister v. Gölher: Nach dem Brande der Hygiene-Ausstellung
habe ich die Pflicht gehabt, zu überlegen, wie die mit unersetzlichen
Schätzen angefüllten Museen einer solchen Feuersalamität gegenüber
sich verhalten würden. Die mit Spiritus und anderen feuergefä-
hrlichen Materialien angefüllten Speicher-Grundstücke bilden für die
Museen eine große Gefahr, die um so größer wird, als durch die Glas-
und Oberlichtdächer schon leichte Flugstücke in diese Gebäude eindringen
können. Da nun besonders in der Nationalgalerie und im neuen
Museum sehr viele wertvolle und unersetzliche Stücke unter Verschluss
gehalten werden, so kann sehr leicht das Feuer zu spät erkannt werden,
wenn die Feuerlöschung nicht mehr abhelfen kann. Auch für die Gynäko-
logische Anstalt, die übrigens dringend einer Vergrößerung bedarf,
bieten die Grundstücke große Gefahr. Da ich beim Finanzministerium
die Anregung zu dieser Position gegeben habe, mußte ich sie auch in
meinem Etat aufnehmen, trotzdem ich wußte, daß ich damit einen
schweren Stand haben würde. Aber uns fehlen leider sehr viele Grund-
stücke, die wir nötig brauchen und deshalb ist es sehr wichtig, daß
wir diese im Centrum gelegenen Grundstücke für uns ankaufen. Wir
haben die Pläne voll mit schönen Entwürfen und Plänen, die alle
nicht zur Ausführung kommen können, weil uns das Terrain dazu
fehlt. Die Stadt Berlin, die stets rechtzeitig dafür sorgt, Terrain
vorrätig zu haben, hat uns in den Konkurrenz bei Schulbauten
immer geschlagen. Wenn die Stadt mit ihrem Bau schon halb fertig
war, hatten wir noch immer die Platzfrage zu erledigen. Diesem guten
Beispiele Berlins wollen wir nachstreben, indem wir diese Grundstücke
zur rechten Zeit ankaufen.

Abg. Dr. Windthorst: Es handelt sich hier um einen Kauf
auf Lager. Bewilligen wir diesen Kauf, so müssen wir später Millionen
von Mark bewilligen, um das Terrain zu bebauen. Heute sollen wir
der Forderung zustimmen, ohne zu wissen, was gebaut werden soll. —
Schon die Zerrissenheit des Terrains sollte uns vor dem Ankauf ab-
halten. Aber vor Allem ist doch zu bedenken, daß man endlich Spar-
samkeit üben muß. Die Abgg. Virdow und Gänel werden mir wieder
vorwerfen, daß der Staat andere Aufgaben und andere Rücksichten hat
als der Privatmann und Abg. Gänel wird vielleicht wieder von der
Munizipalität der Pässe sprechen. Ich bin nicht gegen die Munizipalität,
es wäre ja sehr hübsch, wollte Jemand dem Museum einen Membrandt
oder einen Murrillo schenken. (Heiterkeit.) Aber hier handelt es sich
um einen Munizipal- aus den Taschen der Steuerzahler, und da be-
willigen wir nur was nötig ist — Man hat die Feuergefahr als
Motiv für diesen Titel vorgeführt — aber wer hat denn das Abge-
ordnetenhaus gegen Feuergefahr geschützt? Mein Nachbar sagt mir
eben, wir wären keine Kunstwerke. (Heiterkeit.) Das ist ja ganz
richtig! Gegen die Feuergefahrlichkeit der Speicher-Grundstücke kann
doch wie in kleinen Städten die Polizeibehörde Vorkehrungen treffen — wir
haben doch Herrn von Madai hier! Wenn aber die Museen nicht
ausreichen für all die Schätze, weshalb hat man dann noch 2 Mil-
l. für Neuanläufe gefordert? Wir haben doch weit notwendiger Be-
dürfnisse, dazu gehört der Neubau des Abgeordnetenhauses. Denn
unser Unterhaltungen haben doch auch einen gewissen Werth, selbst
wenn wir auch keine Kunstwerke sind! (Heiterkeit.)

Abg. v. Wedell-Malow erklärt sich für die Bewilligung
dieses Titels, da er nach den Erklärungen des Ministers die Ver-
antwortung für die aus einer Feuergefahr den Museen und der
Gynäkologischen Anstalt drohenden Schädigungen nicht übernehmen
will. Der Preis für diese Grundstücke ist ein verhältnismäßig ge-
ringer. Lehnen wir heute diesen Titel ab, so wird immer und immer
wieder diese Forderung an uns herantreten, und später würden wir sie
nicht mehr zu einem derartig mäßigen Preise erhalten können. Der
Staat macht meiner Meinung nach ein gutes Geschäft mit diesem An-
kauf — ich bitte Sie daher, dem Titel zuzustimmen.

Abg. v. Meyer-Arnswalde erklärt, was gegen die „lieben
Berliner“ zu sein, aber doch für den Titel. Berlin gefällt mir nicht,
die Gegensätze Berlins kann ich nicht vertragen, Berlin ist immer loyal

und wenn es dazu kommt, opponirt es immer. (Heiterkeit.) Freilich
ist Berlin Reichshauptstadt. Aber bei uns im Osten stand man der
Errichtung des Deutschen Reichs wenig sympathisch gegenüber, man
ließ sie sich gefallen. (Unruhe.) Finanziell haben wir große Opfer
gebracht, die deutsche Krone ist wesentlich aus preussischem Golde
geschmiedet. — Gegen die Bewilligung dieses Titels macht man geltend,
wir haben kein Geld und Abg. Windthorst verlangt Sparsamkeit. Ein-
mal machen wir Steuererlöse und dann schaffen wir eine hannoversche
Provinzialordnung, die 600 000 Mark kostete. Sparen Sie doch da,
Abg. Dr. Windthorst! (Heiterkeit.)

Abg. Stengel: Meine Fraktion wird für diesen Titel eintre-
ten. Die Gründe, die gegen den Titel geltend gemacht worden, be-
stehen wesentlich darin, daß noch keine rechte Verwendung für das
Terrain da ist und der Staat also gewissermaßen Spekulation treibt.
Diese Vorwürfe treffen doch aber nicht zu; der Staat thut mit dem
Ankauf doch weiter nichts, als was die praktische Klugheit gebietet.

— Das Motiv, daß für den Ankauf geltend gemacht worden ist, die
Feuergefahrlichkeit dieser Grundstücke, hat keine Widerlegung hier er-
fahren und ist doch sehr zu beachten. Den weiteren Motiven des
Titels, so besonders der Inanspruchnahme der Vernehmung der Kunst-
sammlungen, kann ich nicht ganz beipflichten und diese Motive dürften
es auch sein, die gegen den Titel eine Gegnerschaft hervorgerufen
haben. Abg. Windthorst hat in seiner vorigen Rede eigentlich nicht
gegen diesen, sondern gegen einen früheren, den Zweimillionen-Titel
gesprochen — diese Position ist doch aber wirklich schon erledigt. —
Durch eine Ablehnung dieses Titels würde das Haus eine Verant-
wortung von größter Tragweite übernehmen. (Beifall bei den Frei-
konservativen.)

Abg. von Rauchhaupt: Ich muß zunächst meinem Fraktions-
genossen von Meyer entgegenreten, wenn er u. A. sagt, uns im
Osten sei an der Errichtung des deutschen Kaiserreichs wenig ge-
legen gewesen. Herr von Meyer hat nicht Namens der Fraktion,
sondern nur für seine Person gesprochen. — Wir haben seinerzeit be-
schlossen, den Pachhof wegen seiner Feuergefahrlichkeit zu verlegen.
Und nun verlangt man, wir sollen aus denselben Gründen noch
Grundstücke jenseits der Spree ankaufen — das ist doch zu viel ver-
langt. Wir haben doch wohl in Berlin noch eine gute Feuerwehr.

Wichtiger als dieser Titel erscheint mir denn doch wirklich erst der
Neubau des Abgeordnetenhauses.

Abg. Dr. Graf (Eberfeld) spricht sich in Folge der Erklärungen
des Kultusministers für Bewilligung des Titels aus.

Abg. Dr. Windthorst: Wenn Sie ein Terrain zum Arron-
diren der Gynäkologischen Anstalt brauchen, so kaufen Sie doch das
kleine Stückchen, das dazu nötig ist. Dazu braucht man noch nicht
2 Millionen. Dem Abg. von Meyer muß ich entgegen, daß seine
Rückficht vom deutschen Reiche falsch ist, die Reiterkrone ist eine
deutsche, keine preussische! (Beifall im Centrum.) Ich freue mich,
daß Abg. von Rauchhaupt gegen die Veräußerung seines Fraktions-
genossen eingetreten ist. Zur Sache wiederhole ich, wir wollen
nicht die Mittel für ein Terrain bewilligen, dessen Bebauung dann
wieder viel Geld kostet. Sind Gelder vorhanden, so muß daraus
zunächst der Neubau des Abgeordnetenhauses befristet werden. Dieser
Neubau ist das wichtigste Bedürfnis und dieses muß zunächst befriedigt
werden.

Abg. Löwe (Berlin): Ich und ein Theil meiner Freunde werden
dem Titel in dem Bemühen zustimmen, daß wer die Bewilligung
für notwendig hält, auch dafür stimmen muß und sich durch die Aus-
führungen des Finanzministers in der gestrigen Sitzung nicht verstimmen
lassen darf. Wenn die Meinung des Hauses zu Ungunsten des Titels
schwankend geworden ist, so hat daran das gestrige Auftreten des
Ministers v. Scholz Schuld und wenn der Titel abgelehnt werden
sollte, so hätte sich Minister v. Gölher bei seinem Amtkollegen dafür
zu bedanken. (Lebhafter Beifall links.) Auch bei dem Prinzip größter
Sparsamkeit erscheint dieser Ankauf als eine Nothwendigkeit. Ein
weiterer Ausbau der Museen u. s. w. ist nothwendig, kaufen wir nicht jetzt
billig, so müssen wir später theurer kaufen. Auf das gute Beispiel der
Stadt Berlin in dieser Beziehung hat Minister v. Gölher bereits hin-
gewiesen. Berlin hat stets Terrain in Bereitschaft, es thut verhält-
nismäßig viel mehr als andere große Städte und bringt seiner Stel-
lung als Reichshauptstadt große Opfer. Um so mehr muß ich die
Unterstellung des Abg. v. Meyer zurückweisen. Berlin ist loyal, und
jede politische Ueberzeugung ist vollberechtigt. Auch Gesinnungsgenossen
des Abg. v. Meyer haben schon auf der Linken gesehen. Unsere
politische Stellung ist dem Staat mindestens ebenso nützlich, als die
Ihre. (Beifall links.)

Berichterstatter Abg. Dr. Virchow empfiehlt die Annahme des
Titels Namens der Kommission, in der nicht allein die Rücksicht auf
die Feuergefahrlichkeit dieser Grundstücke, sondern besonders der Hinblick
auf notwendige Neubauten — Abgeordnetenhause, Bibliothek, Kunst-
akademie — den Ausschlag gegeben haben.

Der Titel wird hierauf in namentlicher Abstimmung
mit 169 gegen 150 Stimmen genehmigt.

Tit. 29 von Kap. 121 (Rubegehaltzuschüsse für emeritirte Lehrer
700 000 Mk.) hatte

Abg. Dr. Bender (Königsberg) beantragt, um 100 000 Mk. zu
erhöhen, denselben also auf 800 000 Mk. festzusetzen.

Die Budgetkommission schlägt vor, den Antrag Bender abzulehnen
und Tit. 29 unverändert zu bewilligen.

Abg. Schmidt (Sagan) erklärt im Namen seiner freikonserva-
tiven Freunde, er werde dem Antrage Bender zustimmen, um dem
Nothstande unter den emeritirten Lehrern bis zur Einführung des
verheißenen Schuldottationsgesetzes wenigstens einigermaßen abzuhelfen
und dies um so mehr, als gewiß noch geraume Zeit bis zur Ein-
führung desselben vergehen wird. Man würde Mißdeutungen im Lande
ausgesät sein, wenn man diese geringe Summe von 100 000 Mk. zur
Abhilfe dieses dringenden Nothstandes nicht bewilligte, für andere
weniger wichtige Ausgaben jedoch ungeheure Summen verausgabte.
Rebner hofft, daß auch die Regierung in dieser Angelegenheit entgegen-
kommen zeigen werde. (Beifall rechts.)

Abg. v. Benda: Wir stimmen für den Antrag Bender, trotzdem
wir es für bedenklich halten, der Regierung gegenüber die parlamen-
tarische Initiative zur Erhöhung des Etats zu ergreifen. Auch die
Regierung hat ja das Bedürfnis nach Verbesserung der Lage der eme-
ritirten Lehrer anerkannt, indem sie sich zum Schuldottationsgesetz bereit
erklärte, und in der Budgetkommission ist festgestellt, daß noch über
250 Lehrer mit ihren Familien von weniger als 300 M. Pension
leben müssen. Wenn wir daher zugleich bedenken, daß wir bereits
400,000 Mk. im Etat abgesetzt haben, und daß die Regierung unserten

Uebereinkommen freundlich entgegenkam und eine Erhöhung der Ange-
legenheit versprochen, so muß es absolut unbegrifflich erscheinen, warum
die Budgetkommission sich gegen diesen Antrag ablehnend verhält. Ich
hatte es für absolut zulässig und gerechtfertigt, diese 100 000 Mk. zu
bewilligen und bitte das Haus in diesem Sinne zu entscheiden.

Minister v. Scholz: Die ganze Frage ist wesentlich eine taktische,
ob man für den einen oder anderen Antrag sich entscheidet. Troßdem
aber der Antrag Bender überall sympathisch berührt und der Zustim-
mung des Hauses ja sicher scheint, so halte ich es dennoch für richtig,
stets die feinen Grundzüge in Finanzsachen zu beachten, um eine ein-
heitliche Regelung des Finanzwesens zu ermöglichen. Zu dem Zeit-
punkte nun, als die Fertigstellung des letzten Etats erfolgen mußte,
im Herbst v. J., lagen der Regierung keine Anreizen vor, daß jene
Summe von 700 000 Mk. für ihren Zweck unzulänglich sein würde.
Als sich jedoch in den nächsten Monaten dieses W'd änderte, hat die
Regierung nicht angestanden, sofort in eine neue Prüfung dieser Etats-
position einzutreten, um wenn sich eine Erhöhung als nothwendig
herausstellte, mit einem diesbezüglichen Antrage vor das hohe Haus zu
treten. Ich kann daher nur vom Standpunkt der Sorge für Ein-
haltung eines einheitlich geregelten Finanzwesens und für Aufrecht-
erhaltung der Initiative der Regierung bitten, lassen Sie sich nicht
von der Popularität des Antrages bestimmen und bedenken Sie, daß
Ziel ist ja beidemals dasselbe.

Abg. Knörke begreift nicht, wie nach dieser Anerkennung des
Bedürfnisses die Regierung erst noch neue Erhebungen anstellen will,
selbst wenn bis zum Zeitpunkt der Fertigstellung des Etats sich das
Bedürfnis nicht gezeigt hätte. Ihm liege eine Verfügung vom 7. Ok-
tober v. J. vor, daß die Nothlage zwar anerkannt werde, aber neue
Unterstützungen wegen Mangel an Fonds nicht gegeben werden
könnten. Er hätte sich vielmehr gefreut, wenn der Herr Minister eine
unmittelbar zustimmende Erklärung gegeben hätte; denn die alten
Lehrer könnten nicht von Sympathien und Hoffnungen leben. Er halte
es daher für Pflicht, dem Antrage Bender zuzustimmen, in der zuver-
lässlichen Hoffnung, die Regierung werde dem dringendsten Nothstande
abzuhelfen, bis das Dotationsgesetz eine endgiltige Erledigung der Sache
herbeiführe. (Beifall.)

Abg. Dr. Windthorst hält es an sich durchaus für richtig,
daß die Initiative für irgend welche Ausgaben von der Regierung aus-
gehe. Wenngleich er daher von dem formellen Rechte des Landtages,
Etatstitel zu erhöhen, auch nicht vollkommen überzeugt sei, so werde
er doch dem Antrage Bender zustimmen, um einer Abhilfe jenes drin-
genden Nothstandes seinerseits nicht entgegenzutreten. Er erkläre aber,
daß aus dieser Ausnahme kein Präjudiz für andere Fälle hergeleitet
werden dürfe. (Beifall.)

Abg. Riedert: Ich freue mich um so mehr, heute für diesen An-
trag sprechen zu brauchen, als in der damaligen Sitzung, in welcher
dieselben in Aussicht stellte, sich einige Opposition dagegen erho-
ben. Ich habe dabei anerkannt, daß es sich hier um einen Ausnahmefall
handelt, will aber nicht immer jene alte konstitutionelle Regel gelten
lassen. Wir sind ja in Preußen noch nicht so weit gekommen, daß unsere
Volksvertretung, wie es in jedem konstitutionellen Staate der Fall ist,
auch das Bewilligungsrecht der Einnahmen und Ausgaben hat. Viel-
mehr wird uns jedes noch so geringe Recht, das wir uns mühsam erworben
haben, lächelnd von dem Herrn Minister genommen. Und dann kommt
man mit der Aufrechterhaltung der konstitutionellen Regel. (Heiterkeit.) —
Eigentümlich berührt es mich, wenn der Herr Finanzminister sagte,
das Bild sei nach dem Herbst v. J. ein anderes geworden, und wenn
sein Kollege, der Herr Kultusminister schon seit zwei oder drei Jahren
dieses Bedürfnis anerkannt hat, ja wenn sogar mehr als 700 000 Mk.
dafür verausgabt sind. Diese Summe reicht also doch in keiner Weise,
und ich freue mich, wenn auch der Herr Minister dieses erklärt. Ich
will mich daher auch dagegen verwahren, als ob diese Erhöhung schon
ausreichend sei, und hoffe vielmehr, daß auch der Minister gewiß noch
weiter entgegenkommen wird. (Heiterkeit.) Weniger als diese 100 000
Mark wird ja auch die Regierung nicht verwenden wollen; braucht sie
mehr, so hat sie damit bereits eine feste Basis gewonnen. — Ueber
das Dotationsgesetz erfahren wir dagegen gar nichts mehr; nach den
Aeusserungen des Referenten der Budget-Kommission scheint es sogar,
als sollten wir es gar nicht mehr bekommen; — der Herr Minister
hat ganz geschwiegen. Ich bitte ihn daher, diese Ansicht der Budget-
kommission als eine irrije zu erklären und uns mitzutheilen, ob das
Gesetz auch wirklich demnächst vorgelegt werden wird. — Inzwischen
lassen Sie uns diese 100 000 Mark als eine kleine Abschlagszahlung
hinnehmen, ohne auf weitere Vorschläge zu verzichten. (Beifall.)

Minister v. Scholz erklärt, daß das Dotationsgesetz sehr bald
im Hause erscheinen werde. Er sei durch die Aeusserungen des Re-
ferenten der Kommission selbst überrascht worden, habe aber vorhin ver-
gessen, dieselben zu berichten. — Wenn er von einer Aenderung des
Bildes im Herbst gesprochen, so sei das nur in soweit geschehen, daß
während der Aenderung des Etats keine Anträge auf Erhöhung von
Unterstützungen der Regierung vorgelegen hätten, später eingegangene
allerdings aus Mangel an Fonds abschlägig beschieden seien. Die
Lage der emeritirten Lehrer erfordere gewiß die Sympathie aller und
die Aufgabe müsse daher eine viel weitgehendere sein, als nur eine
kleine Linderung einzelner Nothstände zu bewirken, zu der allein jene
beantragte Erhöhung ausreichen würde.

Abg. v. Seyden-Cadow erklärt sich für den Antrag Bender
und hofft, daß seitens der Regierung eine Aenderung der Grundzüge
bei Vertheilung dieser Fonds beabsichtigt sei, damit namentlich nicht die
Ersparnisse der Lehrer und die Verhältnisse ihrer Verwandten in eine
für die Beteiligten verlebende Anrechnung gebracht zu werden
brauchten. Allerdings würde dann noch mehr Geld nötig sein, aber
es dürfe doch eine Emeritirung kaum mit einer geringeren Pension als
600 Mark eintreten.

Der Antrag Bender wird darauf einstimmig genehmigt.
Zu Kap. 124 Tit. 18 (Entschädigung der Geistlichen für den Aus-
fall der Stolgebühren 500 000 Mk.) beantragt die Kommission

1. die Regierung zu ersuchen, dem Landtage baldigst den Entwurf
des im § 54 des Gesetzes über die Beurkundung des Personenstandes
verheiratheten Gehege's vorzulegen und 2 dem Tit. 18 folgenden Zusatz
zu geben: Bis zum Erlaß des im § 54 des Zivilstandesgesetzes ver-
heiratheten Gehege's können aus den Ersparnissen dieses Fonds Entschädi-
gungen für den Ausfall von Geistlichen auch an solche Geistliche und
Kirchenbeamte, sowie jüdische Religionsdiener, bezw. Kirchengemeinden
gewährt werden, welchen ein Entschädigungsanspruch auf Grund des
Gesetzes nicht zusteht.

Abg. Dr. Langerhans beantragt getrennte Abstimmung über
die beiden Kommissionsanträge.

Abg. Dr. Brühl ist für den Antrag der Kommission, hätte es aber lieber gesehen, daß die Verteilung nicht dem Staate, sondern den einzelnen Religionsgenossen überlassen werde.

Minister v. Scholz: Abg. Dr. Windthorst hat bei der vorigen Diskussion gesagt, nur ausnahmsweise dürfen solche Erhöhungen bewilligt werden. Mit diesem Antrage ist nun bereits eine zweite Ausnahme geschaffen. Wenn Sie in den Text des Etats einen neuen Verwendungszweck für diesen Titel einschreiben, ist das dasselbe, als ob Sie einen neuen Titel schaffen. Geben Sie auf diesem Wege nicht weiter, sondern bleiben Sie bei Ihrer früheren Praxis, wonach Sie Ihre Wünsche der Regierung in einem Beschlusse mitteilen, der für den nächsten Etat Berücksichtigung finden sollte.

Abg. Dr. Windthorst: Ich hoffe, daß die Regierung den Antrag der Kommission als den Ausfluß unserer Wünsche für den nächsten Etat berücksichtigen wird. Sollte der Kommissionsantrag nicht angenommen werden, würde ich event. einen besonderen Antrag stellen. Die Anträge der Kommission werden angenommen und damit ist die zweite Verabredung des Kultusetats erledigt.

Ohne Diskussion wird der Gesetzentwurf über die Festsetzung des Staatshaushaltsetats genehmigt und damit die zweite Verabredung des Etats beendet.

Der Präsident theilt mit, daß die zweite Verabredung einen Ueberschuß von 301 660 M. ergeben hat, und daß vom Finanzminister ein Nachtragsetat eingereicht worden ist, der noch vor der dritten Etatsberatung zur Erledigung kommen soll.

Nächste Sitzung: Donnerstag 11 Uhr. Tagesordnung: Petitionen. Schluß 3 Uhr.

Briefe und Zeitungsberichte.

Berlin, 13. Febr.

— Die Anwesenheit des Erbgroßherzogs von Oldenburg in Berlin wird in Hofkreisen in Zusammenhang gebracht mit den Bemühungen zur Beseitigung des Zwiespalts in der Familie des Prinzen Friedrich Karl. Der Erbgroßherzog begibt sich dem Vernehmen nach von hier aus nach Holland zur Prinzessin Heinrich der Niederlande und demnächst zu seiner Schwiegermutter, der Prinzessin Friedrich Karl nach Dessau.

— Der Reichstag wird, wie nunmehr bestimmt feststeht, zum 4. März einberufen werden.

— Heute tagte hier der Ausschuß des deutschen Handelstages. Zur Verabredung stand das Gesetz über die Aktien-Gesellschaften und Kommandit-Gesellschaften auf Aktien. Herr Oberbürgermeister Ruffel erstattete sein Referat, in welchem er im Allgemeinen einen durchaus ablehnenden Standpunkt einnahm, abgesehen von Einzelheiten, welche Zustimmung fanden. Dieses Referat wird nunmehr dem Plenum vorgelegt werden. Es kann mit ziemlicher Sicherheit gesagt werden, daß das Plenum sich dem Gesetzentwurf gegenüber ablehnend verhalten werde.

— Der Einzug des Bischofs von Münster in Münster hat am 12. d. programmäßig stattgefunden. Der Fadelzug setzte sich Abends 6 1/2 Uhr in Bewegung. Beim bischöflichen Palais hielt der Oberbürgermeister Scheffer-Boichorst die erste Ansprache im Namen der Stadt Münster. Der Bischof sprach dem Redner gegenüber seinen Dank aus. Darauf betrat der Abg. Fehr v. Schorlemer-Mün die vor dem Palais errichtete Tribüne und begrüßte den Bischof im Namen der Diözese. Als der Redner geendet, erhob sich ein tausendstimmiges Hoch, worauf der Bischof selbst die Tribüne bestieg, um zu seinen Diözesanen zu sprechen. Nach Beendigung des glänzenden Fadelzuges fanden in den Räumen der Gesellschaft „Eintracht“ und im Rathhause Fest-Versammlungen statt, welche bei musikalischen Aufführungen und froher Unterhaltung die Festgenossen noch lange zusammenhielten. Am nächsten Morgen erkundte von den Thürmen des Domes und aller Kirchen feierliches Geläute, welches den Hauptfesttag einleitete. Es herrschte in allen Straßen ein reges Menschengewühl. Durch den überaus zahlreich erschienenen Klerus und des Festkomitee wurde der Bischof zum Dom geleitet, woselbst um 10 Uhr das Pontifical-Hochamt stattfand, an welches sich das Te Deum des Dankes angeschlossen. Um 11 1/2 Uhr zeigte sich der Bischof mit Mitra und Stab auf der Straße vor dem großen Portal, umgeben vom Domkapitel und der Geistlichkeit.

— Einer der größten rheinischen Firmen im Weingeschäfte ist dieser Tage folgendes Schreiben zugegangen: „Chicago, 25. Jan. 84. Hiermit möchte ich aufhöflichste Sie der Mühe erheben, mir ferner Zirkulare oder Preislisten zu senden, indem ich mir das gerechte Prinzip angeeignet habe, keine deutschen oder französischen Weine mehr zu importieren, bis das (hier folgt ein recht despottisches Epitheton) Schweinefleischwaarenverbot aufgehoben ist. Bis dahin wollen wir unsern feineren einheimischen Weinen mehr Geltung verschaffen, die solche längst verdient hätten.“

Wien, 11. Febr. Bis zum 7. Februar wurden 300 Personen ausgewiesen. — Der Straßengesetz-Ausschuß des Abgeordnetenhauses nahm das Gesetz betreffend die Entschädigung ungeschuldigt Verurtheilter an und beschloß entgegen der Regierungsvorlage eine theilweise Rückwirkung des Gesetzes. Es sollen nämlich Personen, die vor der Wirksamkeit desselben ungeschuldigt verurtheilt wurden, entschädigt werden, dagegen bezüglich derjenigen, die in der wieder aufgenommenen Verhandlung freigesprochen wurden, die Rückwirkung nicht eintreten.

London, 12. Febr. Die Regierung hat beschlossen, ein Detachement der gegenwärtig in Egypten stehenden englischen Truppen zur Unterstützung von Tolar abzuschicken. Die Truppen werden von dem General Graham befehligt werden. — Zahlreiche Offiziere beabsichtigen, wie es heißt, heute Abend via Neapel nach Egypten abzureisen. Gerüchtweise verlautet, es sollten Truppenverstärkungen nach Egypten gesandt werden, doch ist noch nichts Definitives bekannt. In den Arsenalen und in den Departements des Krieges und der Marine herrscht lebhafteste Thätigkeit. — Man spricht davon, das Kanalgewässer unter dem Befehle des Herzogs von Edinburgh habe Befehl erhalten, nach Egypten abzugehen.

Ausairo befehligt man:

Der Transportdampfer „Orontes“ ist mit 400 Mann Landungstruppen von Port Said nach Suakim abgegangen. Die Kriegsschiffe „Monarch“ und „Decla“ werden morgen folgen. General Gordon meldet telegraphisch, er hoffe trotz der Niederlage Baker Pascha's noch

immer auf Erfolg. Baker hat den englischen Oberst Coetlogon zum Kommandanten von Khartum ernannt und eine Versammlung der Führer der verschiedenen Stämme einberufen.

Im Unterhause erklärte der Parlamentssekretär der Admiralität, Campbell-Bannerman, die Blättermeldungen, daß der Vizeadmiral, Herzog von Edinburgh, mit dem unter ihm stehenden Befehl nach dem Rothen Meere beordert sei, für gänzlich unbegründet, der im Rothen Meere befindliche Kontradmiraal Hewett bestige das volle Vertrauen der Regierung, und diese wünsche demselben jede in ihrer Macht stehende Unterstützung zu gewähren.

Das Oberhaus hat das Tabellenvotum Lord Salisbury's mit 181 gegen 81 Stimmen angenommen. Dasselbe hatte folgenden Wortlaut: „Dieses Haus, nachdem es den Schriftwechsel über Egypten gelesen, ist der Meinung, daß die jüngsten beklagenswerthen Ereignisse im Sudan in großem Maße der unschlüssigen und inkonsequenten Politik der Regierung zuzuschreiben sind.“ An der Annahme dieses Antrages im Oberhause hatte Niemand gezweifelt; unter dem Eindruck der Meldung der neuen Katastrophe von Sinkat mußte sie um so sicherer erfolgen. — Im Unterhause hat Northcote denselben Antrag eingebracht, doch wurde die Debatte am ersten Tage nicht zu Ende geführt. Wenn auch die Regierung im Unterhause in der Majorität bleibt, so ist doch ihre Politik in Egypten für alle Zeiten gerichtet.

Um über das Schicksal der beiden deutschen Photographen, welche seit dem Gescheh bei Trinkitat vermißt werden, Gewißheit zu erlangen, ist an Sartorius Pascha vor einigen Tagen ein Telegramm aus London abgegangen, auf welches, wohl infolge der begreiflichen Verwirrung, die in Suakin herrscht, noch keine Antwort eingetroffen ist. Daß unsere Landsleute in jenem Kampfe gefallen seien, ist hoffentlich ein Irrthum; sie werden in den telegraphischen Meldungen nur unter den „Vermißten“ aufgeführt.

Warschau. Dem „Kur. Pozn.“ schreibt man von hier, General-Gouverneur Gurko, der gegenwärtig in Petersburg weilt, werde auf seinen Posten nicht wieder zurückkehren. Mangel an Takgefühl im öffentlichen Verkehr soll die Veranlassung seiner Abberufung sein. Der General sei jetzt um so entbehrlicher, als bei den augenblicklich ungetrübten Friedensausichten man seiner in den polnisch-russischen Grenzgebieten nicht sonderlich bedürfe. Es ist indessen nicht unwahrscheinlich, daß in diesem Falle lediglich der Wunsch der Vater des Gebankens ist. — Im Zusammenhang hiermit wird das „aus guter Quelle“ stammende Gerücht registriert, man plane die Vereinigung der beiden General-Gouvernements Warschau und Wilna mit dem Grafen Ignajew an der Spitze.

r. Stadtverordneten-Sitzung

am 13. Februar.

Anwesend sind 23 Mitglieder, und zwar die Herren: Broditz, Gaspick, Dr. Friedländer, Herr, Kädel, D. Jaffe, v. Jedzewski, Kantorowicz, Kruken, Kronthal, Dr. Landberger, Dr. Lesinski, Löner, Manheimer, Müll, Müller, Prausnitz, Dr. Rebholz, Köstel, Rosenfeld, Schweiger, Victor, Ziegler. Von Magistrats-Mitgliedern sind zugegen: Bürgermeister Hesse und die Stadträte Anderich, S. Jaffe, Rump, Schmitz. — Bevor in die Tagesordnung eingetreten wird, macht der Vorsitzende, Stadtd. D. Jaffe, einige geschäftliche Mittheilungen. In einer früheren Sitzung hatte die Versammlung auf Antrag des Stadtd. v. Sozdjewski beschloffen, den Magistrat zu ersuchen, den hiesigen Elisabethinerinnen (grauen Schwestern für ambulante Krankenpflege) eine Subvention von 600 M. zu bewilligen. Magistrat hat jedoch erklärt, daß er nach wie vor sich dem Subventionsgesuche der Elisabethinerinnen gegenüber ablehnend verhalte.

Zum Mitglieder der Sparklassen-Deputation wird an Stelle eines ausgeschiedenen Mitgliedes, nachdem Stadtd. Köstel im Namen der Wahlkommission berichtet hat, Kaufmann Sam. Auerbach, und zum Mitgliede für die Verwaltung der Pfandleih-Anstalt Direktor Scholz (von der Spirit-Altiengesellschaft) gewählt.

Gegen die definitive Anstellung des Lehrers Höven, worüber Stadtd. Herr berichtet, wird seitens der Versammlung kein Einpruch erhoben.

Zum Mitgliede für die Verwaltung der Krankenversicherungs-Angelegenheiten wird auf Antrag der Wahlkommission, in deren Namen Stadtd. Köstel berichtet, an Stelle des Landgerichtsraths Gwalina, welcher die auf ihn gefallene Wahl abgelehnt hat, Rechtsanwalt v. Jodzewski gewählt.

Es wird hierauf in die Verabredung über den Etat pro 1884/85 eingetreten, und zwar wird zunächst darüber beraten, ob, wie dies vom Stadtd. Kädel und Genossen beantragt worden ist, vor Eintritt in die Verabredung über die einzelnen Etats eine Generaldebatte über den Etat pro 1884/85 stattfinden solle. Stadtd. Kädel motiviert diesen Antrag, indem er darauf hinweist, daß, wiewohl bei Aufstellung des Etats seitens des Magistrats mit möglicher Sparsamkeit vorgegangen sei, doch wieder eine Zunahme des Zuschlages gegen das Vorjahr um 16 Prozent erforderlich werden würde, während der Zuschlag zur Klassensteuer pro 1883/84 gegen das Vorjahr bereits um 31 Prozent gewachsen war; es sei demnach zu befürchten, daß, wenn es in dieser Weise weitergehe, der Zuschlag nach 5 Jahren, trotzdem doch Schlachtsteuer erhoben wird, 300 Prozent betragen werde. Es werde sich daher empfehlen, sich mit der Etatsberatung so eingehend wie möglich zu befassen, und dabei vielleicht auch in Erwägung zu ziehen, ob sich nicht neue Einnahmequellen schaffen lassen; darüber möge eine Generaldebatte eröffnet werden. — Nachdem dieser Antrag abgelehnt worden ist, wird hierauf in die Verabredung über die einzelnen Etats eingetreten.

Ueber den Etat für die Stadtschulden-Verwaltung pro 1884/85 berichtet im Namen der Finanzkommission Stadtd. Broditz, und wird danach dieser Etat folgendermaßen festgestellt: Einnahme: Zinsen von Kapitalien, und zwar von Hypothekensforderungen zu 5 pCt.: 10 997,96 M. von 219 959,19 M. Kapital, gegen 12 000,46 M. im Vorjahre, indem ein Kapital von 20 000 M. zur Rückzahlung zum 1. Januar 1884 gekündigt ist. Zinsen von Werthpapieren 2295 M. gegen 9934 M. im Vorjahre, indem bedeutende Bestände zur Deckung von Kaufgelbern für die Grundstücke St. Alibert 107 und St. Martin 160 verwendet worden sind. Anderweite Zinseinnahmen 13 342,96 M., gegen 21 984,46 M. im Vorjahre. Aus anderen Fonds 115 181,54 M., gegen 104 465,54 M. im Vorjahre. Die Ausgabe beträgt: an Zinsen und Amortisation 128 524,50 M., so daß Einnahme und Ausgabe in diesem Betrage balanciren.

Ueber den Etat für die offene Armenpflege berichtet Stadtd. Manheimer im Namen der Finanzkommission, und wird danach dieser Etat folgendermaßen festgestellt: Einnahme: Zinsen von Hypothekensforderungen zu 5 pCt. und von Werthpapieren 10 735,77 M., gegen 10 682,27 M. im Vorjahre. Pachtgelber 36 M. Zuschüsse

113 533,63 M., davon Zuschuß aus der Kammereikasse 113 288,72 M., gegen 101 942,22 M. im Vorjahre; wieder-eingelegene Rosten 12 650 M., insgemein 4250 M., davon 3000 M. an Steuer für öffentliche Lustbarkeiten. Ausgabe: Miethe und Abgaben 1092,40 M. Geldunterstützungen: 102 575 M. (gegen 96 753 M. im Vorjahre), davon 75 000 M. laufende und einmalige Unterstützung an Hausarme, 25 500 M. Pflegegelber für verlassen Kinder. — Bei dieser Gelegenheit theilt Stadtd. Ab. Kantorowicz mit: es sei in der Finanzkommission zur Sprache gekommen, ob es sich nicht empfehlen dürfte, die Anzahl der Armenbezirksvorsteher und der Auszahler zu vermehren, da gegenwärtig auf den einzelnen Bezirksvorsteher und Auszahler zu viele Armen entfallen, so daß derselbe nicht im Stande ist, die Verhältnisse der einzelnen Armen genügend kennen zu lernen resp. worauf es hauptsächlich ankomme, die Quellen der Armut zu verstopfen; werde dagegen jeder Armenbezirksvorsteher resp. Auszahler es nur vielleicht mit 30 bis 40 Armen zu thun haben, so werde er mehr Interesse für dieselben gewinnen, insbesondere auch für die Kinder derselben eine geeignete Fürsorge treffen können. Da vielfach darüber geklagt werde, daß die polnischen Mitbürger ihre Mitwirkung bei der Armenpflege verweigern, so werde die Bitte an die polnischen Stadtverordneten gerichtet, ihren Einfluß bei ihren Landsleuten dahin geltend zu machen, daß dieselben dieser Angelegenheit, bei der es sich doch in bedeutendem Grade auch um die polnische Bevölkerung unserer Stadt handle, recht viel Interesse widmen. — Bürgermeister Hesse erklärt, daß der Magistrat im Allgemeinen auf dem Standpunkte der Finanzkommission stehe. Für das Eberfelder System der Armenpflege habe sich im Magistrat mit Rücksicht darauf, daß der nationale und religiöse Zwiespalt die Einführung dieses Systems hier nicht durchführbar erscheinen lasse, die Mehrheit nicht entschieden, dagegen sei dieselbe gleichfalls für Verneuerung der Armenbezirksvorsteher. Ein vermittelnder Vorschlag, nach welchem eine Dezentrisation mit Einrichtung von 10 Bezirken, wobei die Bezirke der Einschätzungs-Kommission zu Grunde zu legen wären, eingeführt werden solle, werde vielleicht als Zwischenstation zum Eberfelder System überführbar. Es werde der Versammlung, wenn die Sache so weit sei, eine Vorlage seitens des Magistrats zugehen. — Stadtd. Dr. Friedländer empfiehlt eine regere Wirksamkeit der Privatwohlthätigkeit, insbesondere die Bildung großer Armenvereine. — Stadtd. Dr. Lesinski erklärt, in Betr. des vom Stadtd. Kantorowicz ausgesprochenen Vorwurfs nicht genügend informiert zu sein; hoffentlich würden aber auch die polnischen Mitbürger bei einer neuen Organisation des Armenwesens ihre Mitwirkung nicht verweigern. Die Ursache, daß es unter der polnischen Bevölkerung unserer Stadt so viel Proletariat gebe, liege zum Theil darin, daß zahlreiche Brotstellen der polnischen Bevölkerung verfallen sind. — Der Wunsch der Finanzkommission wird durch die Erklärung des Bürgermeisters Hesse für erledigt erachtet. — Ausgabe an Natural-Unterstützungen 10 650 M. (gegen 5960 M. im Vorjahre), davon 9000 M. Bekleidungskosten für verlassen Kinder (gegen 4300 M. im Vorjahre), zu Büchern und Schreibmaterialien 1000 M. Offene Armenkrankenpflege 8000 M., davon 4000 M. für Arzneimitteln. Rosten für Beerdigung hiesiger Armen 600 M. Armenpflegekosten für auswärtig unterstützte Armen 6000 M. Verpflegungskosten für die in Döwisk untergebrachten Irren 12 000 M. (gegen 9000 M. im Vorjahre), 690 M. insgemein. Der Etat balancirt in Einnahme und Ausgabe mit 141 207,40 M. (gegen 127 105,40 M. im Vorjahre).

Ueber den Etat für die Krankenhaus-Verwaltung berichtet gleichfalls Stadtd. Manheimer. Der Etat wird in der Weise festgestellt, daß Einnahme und Ausgabe mit 84 347 M. (gegen 76 122 M. im Vorjahre) balanciren. Einnahme: Ersparleistungen und sonstige Einnahmen 25 370 M., Zuschuß aus der Kammereikasse 58 677 M. Unvorhergesehene Einnahmen 300 M. Ausgabe: persönliche Verwaltungskosten 12 865 M. Es wird bei dieser Gelegenheit der Wunsch ausgesprochen, daß das ärztliche Personal vermehrt werde, vielleicht in der Weise, daß außer den beiden Aerzten noch ein Oberarzt, oder überhaupt zwei Assistenzärzte, von denen einer stets anwesend sein müsse, und ein Oberarzt angestellt sein. — Neu eingestellt sind 900 M. zur Befoldung eines Hilfsarbeiters für den Lazareth-Inspektor. Sächliche Verwaltungskosten 29 182 M. (gegen 23 566 M. im Vorjahre). Hausbedürfnisse 5400 M. Speisungskosten 31 700 M. Behandlungskosten 3600 M. Beerdigungskosten 1200 M., unvorhergesehene Ausgaben 400 M.

Der Etat der Hospital-Verwaltung wird, nachdem Stadtd. Manheimer im Namen der Finanzkommission berichtet hat, in Einnahme und Ausgabe mit 15 340 M. (gegen 14 940 M. im Vorjahre) festgestellt. Einnahme: Ersparleistungen 100 M.; aus den Arbeiten der Hospitaliten 50 M.; verkaufte Nachlaß-Gegenstände 20 M. Zuschuß aus der Kammereikasse 15 170 M. Ausgabe: persönliche Verwaltungskosten 650 M.; sächliche Verwaltungskosten 5900 M.; Hausbedürfnisse 8680 M.; sonstige Aufwendungen für Hospitaliten 70 M.; unvorhergesehene Ausgaben 30 M.

Ueber den Etat für die Waisenspflege berichtet im Namen der Finanzkommission Stadtd. Broditz. Danach wird dieser Etat in Einnahmen und Ausgabe mit 24 365 M. (gegen 18 748 M. im Vorjahre) festgestellt. Einnahme: Pacht von Grundstücken 31 M., Zinsen 1195,47 M., Zuschuß aus der Kammereikasse 21 729 M. (gegen 16 743,40 M. im Vorjahre); erhaltene Pflegegelber 1350 M., unvorhergesehene Einnahmen 60 M. Ausgabe: Unterhaltung der Waisensknaben-Anstalt 4940 M.; für die Dr. Jakob'sche Waisensknaben-Anstalt 2800 M.; Unterhaltung der in anderen geschlossenen Anstalten und auswärts untergebrachten Waisens 430 M.; dem Waisensärzten Remuneration 450 M.; Kosten der offenen Waisenspflege 14 980 M. (gegen 9680 M. im Vorjahre), davon für Verpflegung 11 000 M. (gegen 7000 M. im Vorjahre); Bücher und Schreibmaterialien 500 M.; insgemein 265,91 M.

Der Etat der Luinsifikation für Speisung der Armen wird, nachdem Stadtd. Rosenfeld im Namen der Finanzkommission berichtet hat, in Einnahme und Ausgabe mit 285 150 M. (gegen 2960 M. im Vorjahre) festgestellt. Einnahme: Zinsen 2851,50 M. Ausgabe: zur Speisung der Armen mit Suppe, und zu unvorhergesehenen Ausgaben 2851,50 M.

Ueber den Etat für die Markhallverwaltung berichtet im Namen der Finanzkommission Stadtd. Kantorowicz. Danach wird dieser Etat folgendermaßen festgestellt: Für gemeinliche Zwecke zu leistende Fuhrer: 25 632 M., davon für vom Markhall zu stellende Gespanne zur Straßenreinigung, zur Annahme von Fischgespannen und Füll-Auf- und Abladern im Winter 15 634 M.; Fuhrer für Pfasterarbeiten 4000 M. zc. Ertrag für Pferdehänger 400 M.; unvorhergesehene Einnahmen 18 M. Ausgabe: Befoldungen und Löhne 7485 M.; Unterhaltung von 14 Pferden 8164 M.; Ergänzung des Pferdebestandes 1500 M.; Unterhaltung der Gerätschaften 1480 M.; Miethe 870 M.; sonstige Ausgaben 2601 M. Der Etat balancirt in Einnahme und Ausgabe mit 26 050 M. (gegen 26 879 M. im Vorjahre).

Der Etat für die Hundesteuerverwaltung, über welchen Stadtd. Schweiger berichtet, balancirt nach der Feststellung in Einnahme und Ausgabe mit 7380 M. (wie im Vorjahre). Einnahme an Hundsteuer und für Ersatzheiden 7350 M. Ausgabe: Verwaltungskosten 615 M.; Verwendung des Ueberschusses 6865 M. Es wird hierbei der Wunsch ausgesprochen, es möge etwas zur Ableitung des Wassers von der tiefen Stelle des Gerberdamms unter der Uebersührung der Rosen-Thorner Bahn, resp. zur Pfasterung dieser Stelle gesehen.

Damit erreicht die öffentliche Sitzung, an welche sich noch eine geheime schließt, 6 1/2 Uhr Abends ihr Ende.

Produkten-Börse

Berlin, 13. Febr. Wind: D. Wetter: Sehr schön. Die in den letzten Tagen aus dem sehr milden Wetter hergeleiteten Befürchtungen waren heute völlig geschwunden. Die mit ganz geringfügigen Ausnahmen durchgängig lustigen Berichte kamen zum hiesigen Verkehr für Getreide rückhaltlos zur Geltung. Von Weizen ist seiner weiser eher beachtet. Auf Termine zeigte sich unter dem Eindrucke der niedrigeren New Yorker Notierungen reichliches Angebot, welches den Werth aller Sichten reichlich 1 M. kürzte und den Markt matt schloß. Von Petersburg konnte man wie gestern verkaufen, von Königsberg geringen Aufschwung a 148 M. von Riga Cubanka a 160 M. cist. Stettin. Kaffee Roggen ging zu ermäßigten Preisen wenig um; geringe Qualitäten sind recht schwer zu verkaufen. Auf den Terminhandel wirkte die erste, ziemlich umfangreiche Finow Kanalliste verlaufend, außerdem auch der Umstand, daß der bislang gute Absatz effektiver Waare in Sachsen plötzlich auf Schwierigkeiten stößt und hiesige Händler dort zu Lager gehen müssen. Daraufhin wurden nachhaltige Verkäufe vollzogen, die nur zu nachgebenden Preisen ermöglicht werden konnten. Kurse schlossen etwa 1 Mark niedriger als gestern mit leichter Reprise. Auswärtige Offerten waren unverändert. Kaffee Kaffee schwach preishaltend. Termine matter. Roggenmehl bei niedrigen Preisen lebhaft. Weizen in effektiver Waare gut behauptet. Termine matter. Kübel weniger lebhaft als in den letzten Tagen, war per Herbst besser beachtet als in naher Lieferung und im Allgemeinen voll behauptet. Petroleum matt. Spiritus wenig verändert und sehr still. (Amtlich) Weizen per 1000 Kilogramm loco 165-204 Mark nach Qualität gelbe Lieferungsqualität 173 Mark, gelber märkischer - ab Bahn bez., ufermärkischer ab Bahn bez., per diesen Monat

— bez., per April-Mai 175,25-175,4 M. bez., per Mai-Juni 177 bis 176,75 bezahl, per Juni-Juli 179-178,5 bez., per Juli-August 181-180,5 bez., per Septbr.-Oktober 184,5-183,5 M. bez. — Durchschnittspreis — M. Gefündigt — Zentner. Roggen per 1000 Kilogramm loco 136-156 nach Qualität, Lieferungsqualität 146,5 M., ruffischer — M. ab Bahn bez., inländischer geringer —, guter mittel —, feiner — ab Bahn bez., abgelassene Anmelungen — bez., per diesen Monat — bez., per April-Mai 147,5-146,5-146,75, per Mai-Juni 147,75-146,75-14, bez., per Juni-Juli 148,5-147,5-148 bez., per Juli-August 149-148,5-148,75 bez. — Durchschnittspreis — M. Gefündigt — Ztr. Gerste per 1000 Kilogramm große und kleine 130-200 M. nach Qualität bez., Brennergerste — M., Futtergerste — bez. Hafer per 1000 Kilogr. loco 126-160 n. Qual., Lieferungsqualität 127,5 M., pommerischer feiner 155 ab Bahn bez., preussischer mittel 136-142 ab Bahn bez., feiner 144-150 ab Bahn bez., ruffischer geringer 127-129 frei Wagen, mittel 130-135 ab Bahn bez., feiner 146 bis 149 ab Bahn bez., per April-Mai 128,5-128,25 bez., per Mai-Juni 129-128,75 bez., per Juni-Juli 130 nom., per Juli-August 131,5 bez. — Durchschnittspreis — M. Kündigungsscheine — M. Mais loco 134-141 nach Qualität gefordert, per diesen Monat 133 M., per April-Mai 129 M., per Mai-Juni 129 M., per Juni-Juli —, Amerik. — M. bez., Donau — M. ab Boden bez. — Gefündigt — Zentner. Durchschnittspreis — M. Erbsen Roggarbe 180-230, Futterwaare 158-170 M. per 1000 Kilogr. nach Qualität. Kartoffelmehl per 100 Kilogramm brutto inkl. Sad. Solo und per diesen Monat 21 M., per Febr.-März und per März-April 21,25 M., per April-Mai 21,5 M., per Mai-Juni —, per Juni-Juli —, per Juli-August —. Durchschnittspreis — M. Erdene Kartoffelfstärke per 100 Kilogramm brutto inkl.

Sad. Solo und per diesen Monat 21 M., per Februar-März und per März-April 21,25 M., per April-Mai 21,5 M., per Mai-Juni —, per Juni-Juli — M., per Juli-August — M. — Durchschnittspreis —. Feuchte Kartoffelfstärke pro 100 Kilogramm brutto inkl. Sad. Solo und per diesen Monat 11,2 Gd., per Febr.-März —, per März-April — Gd. — Durchschnittspreis — M. Roggenmehl Nr. 0 und 1 per 100 Kilogramm unversehrt inklusive Sad per diesen Monat und per Februar-März 19,75-19,80 bez., per April-Mai 20-20,5 M. bez., per Mai-Juni 20,20-20,25 bez. Durchschnittspreis — M. Gefündigt — Ztr. Weizenmehl Nr. 00 28,50-24,75, Nr. 0, 24,75-23,25, Nr. 0 u. 1 22,20. Roggenmehl Nr. 0 22,25-20,50, Nr. 0 u. 1 20,25 bis 18,50. Kübel per 100 Kilogramm loco mit Fass 65 M., ohne Fass — M., per diesen Monat — M. bez., per Februar-März — M. bez., per März-April — M., April-Mai 65,4 c., per Mai-Juni 65,5 bez., per Juni-Juli — bez., per September-Oktober 62,4-62,5 bezahl. Abgelassene Anmelungen — M. bez. Durchschnittspreis — M. Gefündigt — Zentner. Petroleum, raffiniertes (Standard white) per 100 Kilogr. mit Fass in Fassen von 100 Kilogr. loco 26,4 M., per diesen Monat 25,7 bez., per Febr.-März 25,4 M., per März-April — bez., per April-Mai — M. bez. — Durchschnittspreis — M. — Gef. — Zentner. Spiritus. Per 100 Liter a 100 pSt. = 10,000 Liter pSt. loco ohne Fass 47,8-47,7 bez., loco mit Fass — bez. Anmelungen —, mit leibweisen Gebinden — bez., ab Speicher — bez., frei ins Haus — Mark, per diesen Monat, per Febr.-März 47,9 nom., per März-April — bez., per April-Mai 48,6-48,4-48,5 bez., per Mai-Juni 48,8 bez., per Juni-Juli 49,5-49,4-49,5 bez., per Juli-August 50,5-50,4 bez., per Aug.-Sept. 51,50,9 bez. Gefündigt 10,000 Liter.

Fonds- und Aktien-Börse

Berlin, 13. Febr. Die Börse eröffnete in schwacher Haltung und mit zumeist wenig veränderten Kursen auf spekulativem Gebiet; in dieser Beziehung waren die ungünstigen Tendenzmeldungen, welche aus Wien vorlagen, von bestimmendem Einfluß. Die Spekulation trat aus ihrer Reserve nicht heraus und Geschäft und Umsätze bewegten sich in sehr engen Grenzen. Im weiteren Verlaufe des Verkehrs ließ sich vorübergehend eine kleine Befestigung konstatieren, doch wurde die Haltung bei der andauernden Unsicherheit bald ganz allgemein wieder matter.

Der Kapitalmarkt bewahrte gute Festigkeit für heimische solide Anlagen und fremde, festen Zins tragende Papiere konnten ihren Werthstand zumeist behaupten. Die Kassawerthe der übrigen Geschäftszweige hatten in recht fester Gesamthaltung theilweise belangreichere Umsätze für sich. Der Privatdiskont wurde mit 2 1/2 % notirt. Auf internationalem Gebiet gingen Oesterreichische Kreditaktien zu schwankender und schließlich wechsender Notiz mäßig lebhaft um; auch Franzosen waren schwächer, Lombarden ziemlich behauptet. Von anderen Oesterreichischen Bahnen erschienen Elbthalbahn fester, Galizier matter.

Von den fremden Fonds sind Russische Anleihen als behauptet, Ungarische Goldrente und Italiener als fester zu nennen. Deutsche und preussische Staatsfonds waren fest und ruhig; inländische Eisenbahn-Prioritäten fest und theilweise gefragt. Banfaktien waren behauptet und ruhig; Diskontokommandita Antheile wenig verändert und mäßig belebt, Deutsche Bank fest. Industriepapiere recht fest und theilweise zu höheren Kursen belebt; Montanwerthe matt. Inländische Eisenbahn-Aktien wiesen im Allgemeinen wenig veränderte Kurse auf bei ruhigem Verkehr; Mecklenburgische und Wainz-Ludwigshafen waren schwächer, Ostpreussische Südbahn fester.

Umrechnungs-Sätze: 1 Dollar = 4,25 Mark. 100 Francs = 80 Mark. 1 Gulden österr. Währung = 2 Mark. 7 Gulden südd. Währung = 12 Mark. 100 Gulden holl. Währung = 170 Mark. 1 Mark Banco = 1,50 Mark. 100 Rubel = 320 Mark. Livre Sterling = 20 Mark.

Table with multiple columns listing various financial instruments, prices, and exchange rates. Includes sections for Wechsel-Kurse, Anleihe, Eisenbahn-Prioritäten, Aktien, and various bank and company shares.